S T A D T N O R D E N

Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (03/FiP/2012)
am 12.03.2012
im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.02.2012
   0106/2012/1.2
7. Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft an der Grundschule "Im Spiet"
   0060/2011/1.3
8. Haushaltssatzung 2012
   0133/2012/1.1
9. Dringlichkeitsanträge
10. Anfragen
11. Wünsche und Anregungen
12. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.01 Uhr die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die mit Schreiben vom 01.03.2012 bekannt gegebene Tagesordnung wird vom Finanz- und Personalausschuss einstimmig festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine

zu 5 Bekanntgaben

Keine

zu 6 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.02.2012
0106/2012/1.2

Sach- und Rechtslage:

entfällt

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	**Ja-Stimmen:**	**8**
	Nein-Stimmen:	**0**
	Enthaltungen:	**1**

zu 7 Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft an der Grundschule "Im Spiet"
0060/2011/1.3

Sach- und Rechtslage:

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Landkreises, der Stadt Norden und der Nor-

der Schulen hat ein Konzept für die Weiterführung des Niedersächsischen Bildungs- und Kooperationsprojektes (NIKO-Projekt) erarbeitet. Das Nachfolgekonzept beinhaltet auch den Einsatz einer sozialpädagogischen Fachkraft (in Teilzeit) an der Spietschule in Norden. Es handelt sich um eine 0,5 Stelle. Inhaltliche Aussagen zum Nachfolgekonzept des NIKO-Projekts ergeben sich aus der Sitzungsvorlage 0056/2011/2.2, auf die besonders hingewiesen wird.

Die Arbeitsgruppe hat das Nachfolgekonzept mit folgenden Eckpunkten erarbeitet:

1. Das Nachfolgeprojekt NIKO wird ab 1.1.2012 mit der Einrichtung einer Vollzeitstelle beim Landkreis Aurich mit einer Dipl.-Sozialpädagogin oder einem Sozialpädagogen oder mit einer Sozialarbeiterin oder einem Sozialarbeiter beginnen.

2. Die Grundschule Im Spiet ist eine Brennpunktschule. Hierfür soll hier ab dem 1.1.2012 eine halbe Stelle für eine Sozialarbeiterin oder für einen Sozialarbeiter oder für eine Sozialpädagogin oder für einen Sozialpädagogen eingerichtet werden. Diese Stelle soll finanziert werden aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets zur Durchführung von Schulsozialarbeit, befristet für die Jahre 2012/2013. (Ein entsprechender Antrag wurde beim Landkreis Aurich gestellt).

3. Aufgabe der Fachkraft wird sein, verhaltensauffällige Kinder zu beruhigen und „aufzufangen“, ihr Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen zu entwickeln und zu stärken, Deeskalationsstrategien aufzubauen und Krisenintervention vorzunehmen.

Die jährlichen Personalkosten sind mit 25.000 Euro zu veranschlagen und im Personalbudget (Teilhaushalt 2) bereitzustellen. Die Planstelle ist nach der Entgeltgruppe S 11 einzuplanen.

Die entsprechenden Einnahmen werden ebenfalls im Teilhaushalt 2 eingeplant.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Angelegenheit sehr ausführlich im Jugend-, Bildungs-, Sozial- und Sportausschuss beraten worden sei und man sich einmütig dafür ausgesprochen habe.

Beigeordnete Feldmann (SPD) ergänzt, dass der dortigen Beratung nichts mehr hinzuzufügen sei.

Ratsherr Glumm (CDU) erklärt, dass ihm der Vorbericht zum Haushalt verdeutlicht habe, dass es um den Haushalt 2012 schlecht bestellt sei. Es gehe ihm nicht darum, ein einzelnes Projekt zu torpedieren, sondern bei Betrachtung der angespannten Haushaltslage freiwillige Leistungen konsequent zu kürzen und so zur Konsolidierung des Haushalts beizutragen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) will die Angelegenheit mit dem gesamten Haushalt beraten.

Beigeordnete Kolbe (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass es inhaltlich sicherlich gute Gründe gebe, eine solche Stelle einzurichten, gleichwohl plädiere sie dafür, die Thematik in Bezug mit dem Gesamthaushalt zu beraten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass es Vorbehalte gebe, weshalb er vorschlage, die Angelegenheit im Zusammenhang mit der Beratung des Haushalts wieder aufzugreifen. Dem Ausschuss schlägt er vor, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung zur Beratung mit dem Haushalt an den Verwaltungsausschuss weiter zu geben und lässt darüber abstimmen.

Der Finanz- und Personalausschuss gibt die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung zur Beratung mit dem Haushalt weiter an den Verwaltungsausschuss.

Stimmergebnis:	**Ja-Stimmen:**	**9**
	Nein-Stimmen:	**0**
	Enthaltungen:	**0**

zu 8 Haushaltssatzung 2012
0133/2012/1.1

Sach- und Rechtslage:

Einleitung

Im Haushaltsplan 2011 konnten aufgrund der günstigen Prognosen in den offiziellen Steuerschätzungen die Ertragserwartungen im Gewerbesteuerbereich und bei den Schlüsselzuweisungen im Vergleich zu 2010 erheblich angehoben werden.
Insgesamt waren bei den allgemeinen Finanzen Verbesserungen im Vergleich zu 2010 in Höhe von 2.870.500 € zu verzeichnen.
Durch den Mehrbedarf bei den Sachkosten in Höhe von ca. 900.000 € und bei der Zuführung für die Rückstellung für die Altersteilzeit ergab sich ein Fehlbedarf von 1.485.980 €.

Die günstigen Prognosen in den offiziellen Steuerschätzungen erlaubt auch in 2012 eine Erhöhung der Ansätze bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Insgesamt ist eine Verbesserung bei den allgemeinen Finanzen in Höhe von 598.000 € zu verzeichnen.

Mit Einführung der Doppik sind nach den geltenden Vorschriften auch größere Sanierungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt zu veranschlagen.
Allein im Schul- und Kita-Bereich sind diesbezügliche Mehraufwendungen in Höhe von 1089.600 € (vgl. Anlage 1) zu berücksichtigen. Aus dem Vergleich der Abschreibungen mit den Erträgen aus Sonderpostenauflösungen ergibt sich ein Netto-Mehraufwand von ca. 150.000 €.

Detaillierte Vergleichsberechnungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Durch die genannten Mehraufwendungen ergibt sich ein Fehlbedarf für den Haushalt 2012 in Höhe von 2.190.290 €.

Der Haushaltsplanentwurf 2012 weist erstmals nur noch die Planansätze der **wesentlichen** Produkte aus.

Gemäß § 4 Abs. 7 der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) dürfen in jedem Teilhaushalt nur die „wesentlichen Produkte“ mit den dazu geplanten Maßnahmen bestimmt werden.

Der Rat der Stadt Norden hat daher in seiner Sitzung am 05.07.2011 die Bildung folgender wesentlichen Produkte beschlossen.

Fachdienst	Produktnummer	Bezeichnung
1.1	611-01	Gemeindesteuern, Finanzzuweisungen und –umlagen
2.1	122-02	Bürgerservice und Meldewesen
2.1	122-03	Leistungen des Standesamtes
2.1	126-01	Brandschutzleistungen
2.1	553-01	Friedhofs- und Bestattungswesen

2.2	211-01	Grundschulen
2.2	212-01	Hauptschule
2.2	215-01	Realschule
2.2	218-01	Kooperative Gesamtschule Hage, Außenstelle Norden
2.2	221-01	Förderschule
2.2	272-01	Stadtbibliothek
2.2	281-01	Heimat- und Kulturpflege
2.2	365-01	Bereitstellung von Kindertageseinrichtung
2.2	365-02	Soziale Betriebe
3.1	511-01	Stadtentwicklung und Bauleitplanung
3.2	571-01	Wirtschaftsförderung
3.2	571-02	Stadtmarketing
3.3	541-01	Bau, Betrieb und Instandhaltung von Gemeindestraßen
3.3	545-01	Straßenreinigung und Winterdienst
3.3	551-01	Planung und Bewirtschaftung von Grünflächen

Im Haushaltsplanentwurf wird zusätzlich das Produkt 111-12 (Gebäudewirtschaft) für den Fachdienst 2.2 ausgewiesen. Hier sind sämtliche gebäudespezifischen Erträge und Aufwendungen für den Schul- u. Kita-Bereich aufgeführt.

Da die Haupt- u. Realschule zu einer Oberschule zusammengefasst wurden, sind die Produkte 212-01 und 215-01 gemäß den „Verbindlichen Zuordnungsvorschriften zum Produktrahmen Niedersachsen 2012“ durch das Produkt 216-01 ersetzt worden.

Ab dem Haushaltsjahr 2012 ist der bisherige Teilhaushalt 5 (Soziale Betriebe) dem Teilhaushalt 2 (Ordnung, Soziales und Bildung) unter dem Produkt 365-02 zugeordnet worden.
Der Haushalt teilt sich somit nur noch in 5 Teilhaushalte auf.

Ergebnishaushalt

Der Entwurf des Ergebnishaushalt weist für das Haushaltsjahr 2012 insgesamt einen strukturellen Fehlbedarf in Höhe von **2.190.290 €** aus.

Dieser Fehlbedarf setzt sich zusammen aus

Aufwendungen in Höhe von insgesamt 37.731.990 €
und
Erträgen in Höhe von insgesamt 35.541.700 €

Die Zusammenstellung sämtlicher Teilergebnishaushalte stellt sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2011 wie folgt dar:

TH	Bezeichnung	Aufwendungen		Erträge	
		2011	2012	2011	2012
0	Oberste Gemeindeorgane/RPA/GIB und PR	750.790 €	776.320 €	67.600 €	67.600 €
1	Interne Dienste	16.299.610 €	17.844.850 €	27.117.500 €	29.391.900 €
2	Ordnung, Soziales und Bildung *	9.664.050 €	10.765.470 €	3.067.220 €	3.158.350 €
3	Planen, Bauen und Umwelt	4.992.530 €	6.235.920 €	1.953.180 €	2.640.050 €
4	Baubetriebshof	2.283.500 €	2.109.430 €	288.000 €	283.800 €
	Insgesamt	**33.990.480 €**	**37.731.990 €**	**32.493.500 €**	**35.541.700 €**

*) 2011: einschließlich TH 5

Personalaufwendungen

Der Gesamtansatz für Aufwendungen für aktives Personal (Zeile 13) beträgt für das Haushaltsjahr 2012 11.316.400 €. Im Haushaltsjahr 2011 war in der gleichen Zeile ein Betrag in Höhe von 11.332.390 € ausgewiesen.
Das ergibt eine Reduzierung der Personalaufwendungen in Höhe von 15.990 €.

Im Haushaltsjahr 2012 werden ca. 20 Mitarbeiter/innen aus dem aktiven Dienst bei der Stadt Norden ausscheiden. Das Gros dieses Personenkreises wird in die Freistellungsphase der Altersteilzeit wechseln. Die übrigen wechseln in die Altersrente. Die Wiederbesetzung dieser Dienstposten geschieht grundsätzlich durch jüngeres Personal bzw. Nachwuchskräfte, deren Personalaufwendungen niedriger liegen.

Außerdem sind geringere Zuführungen zur Rückstelllung für Altersteilzeit zu verzeichnen.

Zusätzlich wurde der Personalaufwand für eine Ingenieurstelle im Fachdienst 2.2 für die Gebäudewirtschaft eingeplant.

Für das Jahr 2012 ist eine Tarifsteigerung für von durchschnittlich 3 % kalkuliert.

Finanzhaushalt –laufende Verwaltungstätigkeit-

Der Entwurf der Teilfinanzhaushalte 0 bis 4 –laufende Verwaltungstätigkeit- weist für das Haushaltsjahr 2012 insgesamt einen Saldo in Höhe von -**1.797.270 €** aus.

Dieser setzt sich zusammen aus

Auszahlungen in Höhe von insgesamt 35.568.970 €
und
Einzahlungen in Höhe von insgesamt 33.771.700 €

Die Differenz zum Fehlbedarf des Ergebnishaushaltes resultiert aus den zahlungsunwirksamen Erträgen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen) sowie aus den zahlungsunwirksamen Aufwendungen (Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen).

Diese Erträge und Aufwendungen werden im Ergebnishaushalt nachgewiesen und beeinflussen das Ergebnis. Da sie jedoch nicht Bestandteil der Zahlungsströme sind, werden sie im Finanzhaushalt –laufende Verwaltungstätigkeit- nicht ausgewiesen.

Im Finanzhaushalt werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Finanzierungstätigkeit nachgewiesen.

Die Zusammenfassung der einzelnen Salden ergibt nachstehende Darstellung:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.797.270 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 2.098.600 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.038.700 €
Insgesamt	**2.857.170 €**

Finanzhaushalt –Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen-

Die vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen umfassen hinsichtlich der Teilhaushalte 0 bis 4 ein Volumen in Höhe von **4.050.500 €** (= Auszahlungen)
(Vgl. Anlage 1 dieser Sitzungsvorlage)

Diesen Auszahlungen stehen geplante Einzahlungen in Höhe von **1.951.900 €** gegenüber, so dass eine Finanzierungslücke von **2.098.600 €** entsteht.

Diese wird im **Finanzhaushalt –Finanzierungstätigkeit-** durch die Veranschlagung einer Kreditaufnahme in Höhe von **1.775.600 €** teilweise gedeckt.

Durch Einsparungen bei den Haushaltsausgaberesten (zur Verfügung stehende aber nicht übertragene Haushaltsausgabereste) werden liquide Mittel in Höhe von insgesamt **323.000 €** eingespart, wodurch die Restfinanzierung gesichert ist.

Gemäß Kontrakt 2012 wäre für das Haushaltsjahr 2012 eine Kreditaufnahme in Höhe von 700.000 € (95 % der ordentlichen Tilgung in Höhe von 736.900 €) mögliche gewesen . Die Herstellung eines Kreisverkehrs Am Hafen ist für die Verbindung mit dem Projekt „Südeingang“ unabdingbar. Die Gesamtmaßnahme „Südeingang“ ist für die Stadt Norden von hoher wirtschaftlicher und standortsichernder Bedeutung.

Als herausragende Investitionsmaßnahmen sind hier zu nennen:

Energetische Sanierung Schulgebäude Wildbahn	721.000 €
Einrichtung der KGS Hage-Norden (Lehrerstation)	53.600 €

Ausstattung naturwissenschaftlicher Räume KGS	65.000 €
Zuschuss Kunstrasen JFV	80.000 €
Städtebaulicher Denkmalschutz	298.500 €
Dorferneuerung Leybuchtpolder/Neuwesteel	100.000 €
Ausbau Hohe Plate	500.000 €
Ausbau Kugelweg	210.000 €
Beidseitige Öffnung des Burggrabens (Kreisverkehr am Hafen)	580.000 €

Fachbereichsleiter Harms erläutert die Entwicklungen der Haushaltsplanungen 2009-2012. Der geplante Fehlbetrag für 2010 in Höhe von 3.167.450 Mio Euro sei nicht eingetreten. Der inzwischen ermittelte zahlenmäßige Abschluss weist ein Defizit in Höhe von 645.100 Euro aus. Das erwartete Fehl für 2011 von 1.497.480 Mio Euro werde so nicht eintreten. Für 2011 erwarte er als Jahresergebnis eine „schwarze Null". Die im Haushalt für 2012 ausgewiesenen Fehlbeträge von 6,8 Mio Euro würden tatsächlich nur 2,8 Mio Euro betragen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) erklärt, dass die Stadt liquiditätsmäßig über alles gesehen gut dar stehe.

Fachbereichsleiter Harms ergänzt, dass die Maßnahmen im Schul- und Kitabereich mit insgesamt über 1 Mio Euro (Anlage 1 der Sitzungsvorlage), die in der Kameralistik als investive Maßnahmen aufgetaucht und im Vermögenshaushalt veranschlagt worden wären, nach der Doppik nicht als investiv anzusehen und deshalb im Ergebnishaushalt auszuweisen seien.

Zur Stellenübersicht führt er aus, dass die Stadt im Jahre 1994/1995 insgesamt über 286 Stellen verfügte. Im Jahre 2011 würden allerdings nur noch 240,6 Stellen ausgewiesen. Wenn man bedenke, dass die Aufgaben keineswegs weniger geworden seien, sei das eine beachtliche Minderung der Stellen. Interessant sei die Zuordnung der Stellen. Von 2006 bis 2011 sei in der Kernverwaltung (Rathaus) das Stellensoll um 7,7 Stellen abgebaut worden. Im Bereich der Sozialen Betriebe (Kindergärten) sei aufgrund politischen Willens und rechtlicher Vorgaben das Stellensoll um 8,3 Stellen erhöht worden. Insgesamt seien von 1994 bis 2011 rund 46 Stellen abgebaut worden.

Fachdienstleiter Wiards erläutert, dass die allgemeinen Finanzen sich im Vergleich zu 2011 um knapp 600.000 Euro verbessert darstellten. Diese Verbesserung reiche allerdings nicht aus, um die Mehraufwendungen für die Maßnahmen im Schul- und Kitabereich mit über 1 Mio Euro zu kompensieren.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass sämtliche zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt ausgewiesen werden. Die Zahlungsströme seien nach den Regelungen der Doppik nachzuweisen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) fragt, ob die Verwaltung noch eine aktualisierte Liste über die freiwilligen Ausgaben zur Verfügung stellen könne. Auch hätte er gerne eine Investitionsplanungsübersicht – wie der Landkreis Aurich sie zur Verfügung stelle - für die nächsten Jahre, um erkennen zu können wie die Prioritäten gesetzt sind.

Fachbereichsleiter Harms erklärt, wenn diese Anregung nicht für den nächsten Haushalt gelten soll, dass er dann auch die Zeitplanung des Landkreises übernehmen wolle. Dann müsste die Zeitplanung neu justiert werde auf Ende April.

Ratsfrau van Gerpen (SPD) erklärt, dass die Politik Verantwortung übernehmen wolle. Sie plä-

diere dafür, diese Zeit der Verwaltung einzuräumen, um die notwendigen Unterlagen vorlegen zu können.

Ratsfrau Kolbe (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den vorherigen Ausführungen an. Die mittelfristige Finanzplanung könnte sie im Haushalt nicht erkennen. Sie fragt, wann mit dem Ergebnis 2011 gerechnet werden kann.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass die Verzögerungen aus der Umstellungsphase schrittweise aufgeholt werden sollen. Allerdings könne er aus Tagungen des Kämmererverbandes Niedersachsen berichten, dass für eine komplette Umstellung des Rechnungswesen mit einem Zeitbedarf von 3 -4 Jahren zu rechnen sei. Der vorgelegte Haushalt entspreche der Gemeinde-, Haushalts- und Kassenverordnung. Der erklärte Wille des Landtages sei es, die Politik mit der Doppik von der Kleinteiligkeit der Kameralistik weg zu bringen und dafür zu sorgen, dass die Politik die Haushalte global steuere.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) erklärt, dass der Haushalt sehr grob gegliedert sei. Zu jedem Produkt gebe es einen aussagekräftigen Kontennachweis, den man ausdrucken lassen könnte. Mit dem Zahlenwerk in dieser Form werde die Politik für dumm verkauft.

Vorsitzender Wimberg fasst zusammen, dass die Ausgangssituation durch die Sitzungsvorlage transparent sei. Eine Übersicht über die freiwilligen Leistungen sei leicht erstellbar. Wenn die mittelfristige Finanzplanung in seinen Ausprägungen der Politik von der Verwaltung nachgewiesen werden solle, dann müsse der Ausschuss den Mut haben, dem Verwaltungsausschuss eine geänderte Terminierung der Haushaltsberatungen zu empfehlen.

Ratsherr Glumm (CDU) erklärt, dass die Politik Hintergrundinformationen zur Beurteilung gewisser Zahlen benötige. Beispielsweise interessiere ihn, in welcher Zeit sich die Energetische Sanierung der Wildbahn in Höhe von 2,3 Mio Euro amortisiere.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass diese Frage den Fachdienst Schulen betreffe und er sie daher nicht beantworten könnte. Man dürfe den zeitlichen Aufwand zur Beantwortung nicht unterschätzen. Informationen, die über das hinausgehen, was der Gesetzgeber verlange, erfordere Zeit und Aufwand.

Ratsfrau Kolbe (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die Umstellung auf die Doppik einen Kraftakt für die Verwaltung bedeutet habe. Dies entbinde die Verwaltung allerdings nicht davon, Transparenz zu schaffen, mit der die Politik den Haushalt verantwortlich bewirtschaften könne.

Ratsfrau van Gerpen (SPD) beantragt, die Haushaltsberatungen soweit auszusetzen, dass die Verwaltung in die Lage versetzt wird, die zusätzlichen Informationen zu erstellen und die Politik dann Mitte April in die Haushaltsberatungen in der Beratungsfolge „Finanz- und Personalausschuss – Verwaltungsausschuss – Rat“ einsteigen kann.

Nach weiterer kurzer Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag der Ratsfrau van Gerpen abstimmen.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, die Haushaltsberatungen soweit auszusetzen, dass die Verwaltung in die Lage versetzt wird, die zusätzlichen Informationen zu erstellen und die Politik dann Mitte April in die Haushaltsberatungen in der Beratungsfolge „Finanz- und Personalausschuss – Verwaltungsausschuss – Rat“ einsteigen kann.

Stimmergebnis:	**Ja-Stimmen:**	**9**
	Nein-Stimmen:	**0**
	Enthaltungen:	**0**

zu 9 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 10 Anfragen

Keine

zu 11 Wünsche und Anregungen

Keine

zu 12 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 18.06 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende	Die Bürgermeisterin	Der Protokollführer
-Wimberg-	-Schlag-	-Wilberts-